

**Wahlprüfsteine der demokratischen Parteien zum Thema
„Sollte der Hinzuverdienst, den junge Menschen bspw. durch
Ferienjobs erzielen, auf Hartz IV angerechnet werden und wird
sich Ihre Partei für eine Änderung des bisherigen
Anrechnungssystems stark machen? Wenn nein, warum nicht?“**

CDU/CSU:

Die Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in Arbeit zu bringen. Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr und während der Ausbildung zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss in Bedarfsgemeinschaften werden wir im Rahmen des Jugendschutzes ebenfalls deutlich ausweiten.

DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE beabsichtigen, die derzeit geltenden Anrechnungsregeln zu verändern. Einkommen von Jugendlichen im SGB II-Bezug sollten nicht auf den Leistungsanspruch angerechnet werden. Das ist unfair gegenüber Gleichaltrigen, die den kompletten Hinzuverdienst behalten und sich Wünsche davon erfüllen können.

DIE LINKE:

Nein. Wir begrüßen die Entschärfung der Anrechnung von Ferienjob-Einkommen, die seit der Änderung der Alg-II-Verordnung im Mai 2020 gilt. Diese Nichtanrechnung sollte gesetzlich festgeschrieben werden. Uns als LINKE ist es aber wichtig, dass alle Menschen - ob mit oder ohne Job - vor Armut und Ausgrenzung geschützt werden. Erhöhte Freibeträge garantieren dies nicht. Deshalb halten wir Erhöhungen der Leistungen für den dringenden und zwingenden ersten Schritt: Für Kinder fordern wir eine Kindergrundsicherung; für Erwachsene wollen wir Hartz IV durch eine individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro monatlich ersetzen. Als Sofortmaßnahmen wollen wir die Regelsätze auf 658 Euro erhöhen, die tatsächlichen Wohnkosten übernehmen und Sanktionen abschaffen. Von diesen Änderungen würden gerade junge Menschen profitieren. Änderungen der Einkommensanrechnung können in einem weiteren Schritt geprüft werden und müssen von einem erhöhten Leistungsniveau ausgehen.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen bessere Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehungsweise beim angestrebten Liberalen Bürgergeld. Die aktuellen Regeln sind demotivierend und sie belohnen kaum, die Grundsicherung durch eigene Arbeit Schritt für Schritt zu verlassen. Bessere Hinzuverdienstregeln ermöglichen aber genau das: Sie bilden eine trittfeste Leiter, die aus Hartz IV herausführt. Das Einkommen von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, soll bis zur Höhe eines Minijobs gar nicht angerechnet werden. Junge Erwachsene sollen künftig nicht mehr für Forderungen des Staates haften, welche auf ein Verschulden der Eltern - wie beispielsweise das verspätete Anzeigen einer Erwerbstätigkeit der Eltern - beruhen.

SPD:

Schülerinnen und Schüler, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, können seit dem 1.3.2020 im Jahr bis zu 2.400 Euro im Ferienjob hinzuverdienen, ohne dass dies angerechnet wird. Auch die bisherige Beschränkung auf maximal vierwöchige Ferienjobs wurde abgeschafft. Diese Verdoppelung des Freibetrags haben wir durchgesetzt. Denn junge Menschen, die sich eigenständig etwas hinzuverdienen, sollen dieses Geld auch behalten dürfen. Für die Zukunft wollen wir Kinder aber aus dem Arbeitslosengeld II-System herausholen. Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung mit einer existenzsichernden Geldleistung für Kinder ein, die bisherige Familienleistungen zusammenfasst und nach Einkommen der Familie gestaffelt ist – je ärmer die Familie, desto höher die Geldleistung, nicht umgekehrt.

Veröffentlicht von:

Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: (+49) 30-259 272 8-506
Fax: (+49) 30-259 272 8-60
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de